

# Kreisschreiben über die Betreuungsgutschriften

Gültig ab 1. Januar 1997

Stand 1. Januar 2007

Am 1. Januar 1997 tritt die 10. AHV-Revision in Kraft. Somit können ab diesem Zeitpunkt erstmals Betreuungsgutschriften im Sinne von Art. 29<sup>septies</sup> AHVG geltend gemacht werden. Weil die Anrechnung von Betreuungsgutschriften Fragen aus verschiedenen Bereichen aufwirft, wird das Verfahren über die Geltendmachung und die Anspruchsvoraussetzungen in diesem Kreisschreiben geregelt. Dieses Kreisschreiben bildet Bestandteil der Wegleitungen und Kreisschreiben aus dem Rentenbereich, Band 2.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können wie üblich durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Der vorliegende Nachtrag 1 zum Kreisschreiben über die Betreuungsgutschriften enthält die Ersatzseiten sowie die neu einzufügenden Seiten mit der auf den 1. Januar 2000 in Kraft tretenden Änderung. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzige Änderung mit einem Vermerk 1/00 unter der betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner abzulegen.

Betreuungsgutschriften wurden bisher frühestens ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der 10. AHV-Revision gewährt. Das Eidg. Versicherungsgericht hat in einem Grundsatzurteil diese Praxis mangels einer gesetzlichen Grundlage umgestossen und festgestellt, dass im Rahmen der 5-jährigen Verjährung von Artikel 29<sup>septies</sup> Abs. 5 AHVG auch ein Anspruch auf Gutschriften für Betreuungsverhältnisse vor dem Inkrafttreten der 10. AHV-Revision besteht (vgl. Rz 2006). Die Rz 7001 wird deshalb aufgehoben.

Der vorliegende Nachtrag 2 zum Kreisschreiben über die Betreuungsgutschriften enthält die Ersatzseiten sowie die neu einzufügenden Seiten mit den auf den 1. Januar 2002 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird mit einem Vermerk 1/02 unter der betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner abzulegen.

Das Eidgenössische Versicherungsgericht hat die bisherige Praxis, wonach nur beim Bezug einer Hilflosenentschädigung der AHV oder IV von mindestens mittlerem Grad Anspruch auf eine Betreuungsgutschrift besteht, umgestossen und festgestellt, dass Betreuungsgutschriften auch anzurechnen sind, wenn ein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der Unfall- oder Militärversicherung besteht.

Der vorliegende Nachtrag 3 enthält die Ersatzseiten des KS über die Betreuungsgutschriften mit den auf den 1. Januar 2003 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/03 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 3 enthält lediglich redaktionelle Anpassungen aufgrund der Neuauflage der Rentenwegleitung Band 1.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können wie üblich durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Der vorliegende Nachtrag 4 enthält die Ersatzseiten des KS über die Betreuungsgutschriften mit den auf den 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/04 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 4 enthält lediglich eine materielle Änderung. Das Eidgenössische Versicherungsgericht hat in einem Urteil (H 306/02) präzisiert, dass sich die pflegebedürftige Person dann überwiegend in der Hausgemeinschaft der betreuenden Person befindet, wenn sie mindestens 180 Tage im Jahr dort wohnt.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Der vorliegende Nachtrag 5 enthält die Ersatzseiten des KS über die Betreuungsgutschriften. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/05 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 5 enthält lediglich eine redaktionelle Anpassung sowie materielle Änderungen betreffend die Hilflosenentschädigung an pflegebedürftige Minderjährige, welche mit der 4. IV-Revision eingeführt wurde.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

#### Vorwort zum Nachtrag 6, gültig ab 1. Januar 2007

Der Nachtrag 6 enthält lediglich eine materielle Änderung betreffend die Anrechnung einer Betreuungsgutschrift an pflegebedürftige Minderjährige mit Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung. So ist es grundsätzlich möglich, dass bis zum 16. Kalenderjahr eines pflegebedürftigen Minderjährigen mit Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung nebst einem Anspruch auf eine Erziehungsgutschrift auch ein Anspruch auf eine Betreuungsgutschrift entsteht. Dies kann dann eintreffen, wenn die Person, der die elterliche Sorge zugeteilt ist und die das Kind betreuende verwandte Person nicht identisch sind. Artikel 29<sup>septies</sup> Absatz 2 AHVG bezieht sich nämlich nicht auf die Gutschrift auslösende, sondern auf die anspruchsberechtigte Person. So kann es beispielsweise möglich sein, dass im gleichen Kalenderjahr die leibliche Mutter eines Kindes die Anspruchsvoraussetzungen auf Erziehungsgutschriften erfüllt, da sie das Sorgerecht über das Kind hat, währenddem die noch nicht rentenberechtigte Grossmutter, welche das pflegebedürftige Kind mit Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung im gleichen Haushalt betreut, Anspruch auf eine Betreuungsgutschrift hat.

# Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Voraussetzungen	10
2.	Geltendmachung der Betreuungsgutschrift	11
3.	Prüfung der Voraussetzungen	12
3.1	Im allgemeinen	12
3.2	Hilflosenentschädigung	12
3.3	Verwandtschaftsverhältnis	13
3.4	Hausgemeinschaft	13
4.	Vorgehen bei fehlenden Voraussetzungen	14
5.	Anrechenbare Betreuungsjahre	14
6.	Eintrag in das individuelle Konto	15
8.	Inkrafttreten	16

## 1. Allgemeine Voraussetzungen

- 1/02 Betreuungsgutschriften werden für Zeitabschnitte angerechnet, während denen eine Person versichert ist und im
  gemeinsamen Haushalt Verwandte gemäss Rz 3007 betreut, welche eine Hilflosenentschädigung der AHV, der IV,
  der Unfall- oder Militärversicherung von mindestens mittleren Grades beanspruchen können.
- 1002 Der Hilflosenentschädigung gemäss Rz 1001 gleichgestellt 1/07 ist die Hilflosenentschädigung an pflegebedürftige Minderjährige. Diese wird in der Regel nur für die Zeit zwischen der Vollendung des 16. und dem 18. Altersjahr des Kindes berücksichtigt, da bis zur Vollendung des 16. Altersjahres Erziehungsgutschriften angerechnet werden. Sofern das pflegebedürftige Kind durch Verwandte in auf- oder absteigender Linie betreut wird (Rz 3007), können die Betreuungsgutschriften auch schon für Zeiten vor dem 16. Altersjahr des Kindes angerechnet werden. Dies kann dazu führen, dass für das gleiche Kalenderjahr für das pflegebedürftige Kind sowohl eine Betreuungsgutschrift als auch eine Erziehungsgutschrift beansprucht werden kann. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die pflegende Person nicht auch gleichzeitig an der Erziehungsgutschrift für das pflegebedürftige Kind partizipiert.
- Die Betreuungsgutschrift kann durch eine betreuende Person frühestens ab dem der Vollendung des 17. Altersjahres folgenden Kalenderjahres bis längstens zum 31. Dezember des Kalenderjahres, welches dem Eintritt des Versicherungsfalles Alter vorangeht, beansprucht werden.
- 1004 Für Kalenderjahre, in welchen gleichzeitig ein Anspruch 1/07 auf eine Erziehungsgutschrift besteht, kann keine Betreuungsgutschrift für dieselbe Person angerechnet werden.
- 1005 Soweit in diesem Kreisschreiben von Ehegatten die Rede ist, sind gleichgeschlechtliche Paare, welche in einer eingetragenen Partnerschaft leben (Art. 13a ATSG), den Ehegatten gleichgestellt. Dies gilt in den nachfolgenden

Bestimmungen insbesondere für die Rz 3007 sowie 6003 bis 6005.

#### 2. Geltendmachung der Betreuungsgutschrift

- Wer eine Betreuungsgutschrift beansprucht, meldet sich bei der kantonalen Ausgleichskasse am Wohnsitz der betreuten Person an (Art. 52 I Abs. 1 AHVV).
- Für jede zu betreuende Person kann nur eine Gutschrift beansprucht werden. Werden gleichzeitig mehrere Personen betreut, so kann nur eine Gutschrift durch die betreuende Person beansprucht werden. Beteiligen sich mehrere Personen an der Betreuung und erfüllen alle die Anspruchsvoraussetzungen, so wird die Betreuungsgutschrift zu gleichen Teilen auf die Anzahl der betreuenden Personen aufgeteilt.
- Die Betreuungsgutschrift ist jährlich für das Vorjahr durch Einreichung des Anmeldeformulars durch die betreuende Person geltend zu machen (Art. 52 I Abs. 1 AHVV). Wird die Betreuungsgutschrift für die gleiche Person durch mehrere Personen beansprucht, so haben diese die Anmeldung gemeinsam einzureichen.
- Das Anmeldeformular muss sowohl von der betreuenden als auch von der betreuten Person unterzeichnet sein. Ist die betreute Person nicht in der Lage, das Anmeldeformular zu unterzeichnen, so ist dieses durch einen Vertreter vorzunehmen. Artikel 67 AHVV (bzw. Rz 1101 ff. RWL) ist sinngemäss anwendbar.
- 2005 Wird die Betreuungsgutschrift nachträglich durch eine zusätzliche Person geltend gemacht, so führt dies zu keiner Neuaufteilung der Betreuungsgutschrift für das zurückliegende Jahr.
- 2006 Wird der Anspruch auf die Betreuungsgutschrift nicht geltend gemacht, so verwirkt er in jedem Fall fünf Jahre nach

Ablauf des Kalenderjahres, in welchem eine Person betreut wurde.

## 3. Prüfung der Voraussetzungen

#### 3.1 Im allgemeinen

- 3001 Personen, welche eine Betreuungsgutschrift geltend machen, haben bei der erstmaligen Anmeldung jeweils amtliche Ausweisschriften beizulegen, aus denen sowohl die Personalien der betreuenden als auch der betreuten Person ersichtlich sein müssen (z.B. Familienbüchlein).
- Handelt es sich um Angaben, die in öffentlichen Registern verurkundet oder festgehalten sind, so kann die Ausgleichskasse beim Fehlen von Ausweisschriften eine solche Unterlage einsehen oder sich daraus Auszüge beschaffen.
- 3003 Die Ausgleichskasse hat insbesondere auch zu prüfen, dass die betreuende Person im Kalenderjahr, für welches sie die Betreuungsgutschrift geltend macht, keinen Anspruch auf Erziehungsgutschriften hat.

## 3.2 Hilflosenentschädigung

- Die Ausgleichskasse hat in geeigneter Weise zu prüfen,
   ob die betreute Person eine Hilflosenentschädigung gemäss Rz 1001 und 1002 beanspruchen kann.
- 3005 aufgehoben 1/02

Jost abzuklären, ob im Einzelfall eine Hilflosenentschädigung an pflegebedürftige Minderjährige ausgerichtet wird, so ist dazu die zuständige IV-Stelle anzufragen. Die IV-Stelle hat sich neben dem Grad der Hilflosigkeit des pflegebedürftigen Kindes auch zu dessen überwiegender Unterbringung zu äussern.

#### 3.3 Verwandtschaftsverhältnis

- Als Verwandte im Sinne von Art. 29<sup>septies</sup> Abs. 1 AHVG gelten Urgrosseltern, Grosseltern, Eltern, Schwiegereltern, Ehegatte, Geschwister, Kinder, Stiefkinder und Enkelkinder. Diese Aufzählung ist abschliessend.
- 3008 Bestehen Zweifel über das Verwandtschaftsverhältnis, so ist je eine Anfrage mit Personalausweis (Formular 318.271) an das Zivilstandsamt des Heimatortes der betreuten und der betreuenden Person zu richten.
- 3009 Der Personalausweis kann nur für Auskünfte über Schwei1/03 zer Bürger verwendet werden. Anfragen über in der
  Schweiz niedergelassene ausländische Staatsangehörige
  sind unter Hinweis auf Art. 32 ATSG an die Einwohnerkontrolle des Wohnortes zu richten.

## 3.4 Hausgemeinschaft

- Die pflegebedürftige Person muss nicht nur formal, sondern auch tatsächlich mit der betreuenden Person eine Hausgemeinschaft bilden. Befindet sich die pflegebedürftige Person nicht überwiegend in der Hausgemeinschaft der betreuenden Person, so kann keine Betreuungsgutschrift beansprucht werden. Dies trifft etwa dann zu, wenn sich die pflegebedürftige Person nur an Wochenenden oder zu Ferienzwecken bei der betreuenden Person aufhält.
- 3010. Die pflegebedürftige Person befindet sich dann überwiegend in der Hausgemeinschaft der betreuenden Person, wenn sie mindestens 180 Tage im Jahr dort wohnt.
- 3011 Das Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes gilt als erfüllt, wenn sowohl die betreute als auch die betreuende Person
- 3012 die gleiche Wohnung bewohnen (Art. 52 g Bst. a AHVV) oder

- 3013 im gleichen Gebäude wohnen (Art. 52 g Bst. b AHVV) oder
- zwar nicht im gleichen Gebäude wohnen, sich die beiden Gebäude aber auf dem gleichen oder einem benachbarten Grundstück befinden. Nicht nötig ist hingegen, dass die Gebäude bzw. die Grundstücke zum gleichen Betrieb gehören oder eine wirtschaftliche Einheit bilden.

#### 4. Vorgehen bei fehlenden Voraussetzungen

4001 Steht einer betreuenden Person, welche eine Anmeldung eingereicht hat, keine Betreuungsgutschrift zu, so ist ihr dies mit einer Verfügung mitzuteilen.

## 5. Anrechenbare Betreuungsjahre

- 5001 Er werden immer ganze Betreuungsjahre angerechnet.
  Dabei wird das Jahr der Entstehung des Anspruchs auf die Betreuungsgutschrift in der Regel nicht berücksichtigt.
- Fällt das Kalenderjahr der Entstehung des Anspruchs auf die Betreuungsgutschrift mit dem Kalenderjahr des Erlöschens zusammen, so wird stets ein ganzes Jahr angerechnet.
- Das Kalenderjahr, in welchem der Anspruch auf die Betreuungsgutschrift erlischt, wird ganz berücksichtigt. Dies trifft namentlich auf das Kalenderjahr zu, in welchem
  - die betreute Person den Anspruch auf die Hilflosenentschädigung der AHV oder der IV von mindestens mittlerem Grad verliert;
  - die betreute Person stirbt, oder
  - die Hausgemeinschaft zwischen der betreuten und der betreuenden Person aufgelöst wird.

## 6. Eintrag in das individuelle Konto

- 6001 Bezüglich des Eintrages der Betreuungsgutschrift in das individuelle Konto gelten die Bestimmungen der Wegleitung über VA und IK. Hinsichtlich des Zeitpunkts des Eintrages gelten die Bestimmungen über die Erwerbseinkommen sinngemäss.
- Wird die betreute Person lediglich durch eine Person betreut, so ist eine ganze Betreuungsgutschrift ins IK einzutragen. Werden dagegen die Voraussetzungen durch mehrere Personen erfüllt, so ist die Betreuungsgutschrift nach der Anzahl betreuenden Personen aufzuteilen und mit dem entsprechenden Bruchteil auf dem IK der betreffenden Person einzutragen.
- Bei verheirateten Personen wird die Betreuungsgutschrift vor dem IK-Eintrag zwischen den Ehegatten geteilt und anschliessend zu gleichen Teilen in deren IK eingetragen. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass der Ehegatte die Versicherteneigenschaft erfüllt.
- Hat indessen der eine Ehegatte schon das Rentenalter erreicht (Art. 29<sup>septies</sup> Abs. 6 AHVG) oder ist der nichtbetreuende Ehegatte nicht versichert, so wird die Betreuungsgutschrift für das entsprechende Kalenderjahr zwischen den Ehegatten nicht geteilt.
- 6005 Ebenfalls nicht geteilt wird das Kalenderjahr der Heirat, Auflösung der Ehe oder des Todes (Art. 52 k in Verbindung mit Art. 52 f Abs. 1 AHVV).

## 1/00 7. Titel aufgehoben

7001 aufgehoben

1/00

## 8. Inkrafttreten

8001 Dieses Kreisschreiben tritt auf den 1. Januar 1997 in Kraft.